

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend in den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kofleben.
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Kofleben.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrä — Bantverein Artern.

Nr 8

Sonnabend, den 17. Januar 1931.

44. Jahrgang

Das Gebot der Wirtschaft.

Wird man den Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 12 Jahre verstehen, so muß man über die Grenzen des eigenen Kreises hinausgehen und das Verschulden unserer eigenen Existenz in den weltwirtschaftlichen Gesamtprozess erkennen. Was geht seit 1929 unaufhaltsam in der Welt vor? — Jahre hindurch hatte der nach dem Kriege veränderte, aus langer Entbehrung erwachene und nach Kriegsende unaufhaltsam durchbrechende Warenreichtum zu einer Überbewertung der Ware und damit zu einer Unterbewertung des Goldes geführt. Als wir aus dem Rauf der Inflation erwachten, hatten wir uns an den Gedanken gewöhnt, daß das Leben „teuer“ geworden sei. Was bei uns die Inflation in dieser Richtung gefügt gewirkt hatte, bewirkte in Amerika der grandiose, aber in seinen letzten Zielen zusammengebrochene Versuch der amerikanischen Wirtschaft, durch künstliche, zutiefste Kaufkraftschöpfung bei der ins- und ausländischen Rundschiff die „prosperität“ zu verewigen. Es schied sich, als ob eine Konjunktur ohne Schwankungen möglich sei, als ob also die Wirtschaftsgesetze ab abstrum geführt seien. Seit Oktober 1929 wissen wir, daß diese Hoffnung trügerisch war; seit jenem Zeitpunkt befinden wir uns in einem schmerzlichen Ernüchterung aus mehr als zehnjährigen Fieberträumen.

Es gilt, die Dinge mit nüchternen Augen zu betrachten. Im Jahre 1930 betrug der Preisverlust gegenüber 1929 für Baumwolle, Zucker, Kaffee, Ant, Weizen und Kupfer zusammen bereits mehr als 15 Milliarden Reichsmark. Nimmt man alle übrigen Rohstoffe der Welt hinzu, so wird man zu einem Betrage von 20 bis 25 Milliarden Reichsmark kommen. Wir haben bisher nur die vorteilhafte Seite dieser Entwicklung der Rohstoffpreise ins Auge gefaßt und uns darüber freuet, daß wir als Rohstoffverfügendes Land billigere Bezüge erhalten und unsere Handelsbilanz immer gestalten konnten. Die Schritte der Weltweite ist aber, daß nunmehr die Abnehmer für Fertigfabrikate in den rohstoffzeugenden Ländern und Schichten für 20-25 Milliarden Reichsmark weniger Ware abnehmen können als noch ein Jahr vorher. Die Industriestaaten der Welt fehlen damit nur folgender Alternative: entweder halten sie an ihren Preisen fest bzw. ermäßigen diese Preise nur im Rahmen der Verbilligung der Selbstkosten durch die Senkung der Rohstoffpreise, dann vermindert sich die Menge der abnehmbaren Fabrikate. Oder aber: sie senken die Preise in der vollen Relation der neu-junkten Rohstoffpreise herab; dann liegt für die rohstoffzeugenden Länder und Schichten keine Veranlassung vor, die Menge ihrer Bezüge zu vermindern, weil sie dann wieder die notwendige Kaufkraft haben, die gleiche Menge abzunehmen. Der eritere Weg bedeutet Einschränkung der Erzeugung von Fertigfabrikaten und Arbeitslosigkeit; ihn sind wir bisher gegangen. Der zweite Weg bedeutet Wiederherstellung des Umsatzes der Produktion und damit Verminderung der Arbeitslosigkeit; ihn müssen wir gehen. Gangbar ist er aber nur, wenn die anderen Faktoren der Selbstkosten der Ware im gleichen Verhältnis senken werden, wie die Rohstoffe gesunken sind. Diese anderen Faktoren sind vor allem die Personalkosten, also Löhne und Gehälter, und die Generalien, also insbesondere die öffentlichen Lasten.

Am Lichte dieser großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge gewinnen die Fragen, die uns alle bedrücken, insbesondere der Lohn- und Gehälterabbau und Preisabbau, erst ihre richtige Bedeutung. Selbst wenn der Anteil des einzelnen am Sozialprodukt heute schon zu gering wäre, selbst wenn die Kaufkraft-Theorie der Gewerkschaften richtig wäre, selbst dann bliebe uns, wenn wir den Anschlag an die Weltwirtschaftslage nicht verkennen wollen, gar nichts anderes übrig, als die Preis- und Lohnsenkung. Das mag unerfreulich und hart sein, das ist aber eine Wahrheit, um die wir nicht herumkommen können.

Etwas anderes wäre es freilich, wenn wir Grund hätten, anzunehmen, daß die Senkung der Rohstoffpreise eines vorübergehendes sei, also die Auswirkung einer konjunkturrellen Schwankung. Wie schon eingangs angedeutet, liegt keine Begründung für diese Annahme vor. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Konjunkturschwankung, sondern um die endlich sich durchsetzende Anpassung an den wirklichen Wert. Auf die Zeit der Überbewertung der Sachwerte und der Überhöhung der Warenpreise folgt die Zeit der Mäßigung der überhöhten Werte. Das lehrt uns nicht die noch diesseitig umstrittene Goldtheorie, sondern das ergibt sich aus der sehr einfachen und nüchternen Ermüdung, daß nach jahrelanger Vernichtung von Werten und Kaufkraft durch Krieg und Inflation der Warenwert gegenüber dem Goldwert unmöglich gestiegen sein kann. Diefen Erkenntnissen gegenüber dürfen wir nicht

die Augen verschließen. Diejenige Industrienoff wird als erstes über die Depression und die Arbeitslosigkeit hinwegkommen, das am schnellsten den Anschlag an die neue Gleichgewichtslage der Weltstoffe findet.

Eine schwere Periode der Anpassung an die neuen Welt- und Wertverhältnisse liegt also vor uns. Damit erkennen wir erst in vollem Umfange die Schwere der Verantwortung, die auf der Regierung und auf uns lastet. Nur die Erkenntnis, daß aus der gemeinsamen Not uns nur das allgemeine Opfer aller retten kann, mit anderen Worten: nur höchstes Verantwortungsgefühl eines jeden einzelnen für das Ganze kann uns Rettung bringen. Es handelt sich nicht um den einzelnen und seine Bezüge, es handelt sich auch nicht um diese oder jene mehr oder weniger wichtige und bedeutende Wirtschaftsgruppe; es handelt sich heute um den Staat und den Staatsgedanken. Möge die schwere Stunde der deutschen Wirtschaft ein großes Geschick finden!

Vor der Genfer Entscheidung.

Ein indistinktabler polnischer Vorschlag.

Nach den bisher getroffenen Dispositionen werden die Verhandlungen im Völkerverbund über die deutschen Forderungen gegen Polen am nächsten Dienstag beginnen. Man erwartet, daß die Verhandlungen durch eine große Rede des Reichsaußenministers Curtius eingeleitet werden, in der der Standpunkt der deutschen Regierung zu den Vorgängen in Oberschlesien dargelegt und entsprechend den Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens die Verantwortlichkeit des Völkerverbundes auf die Vorgänge in Oberschlesien gelenkt wird. Am Anschlag hierin wird die Antwortrede des polnischen Außenministers Jakselt erwartet, die im wesentlichen der bereits veröffentlichten polnischen Note entsprechen dürfte. Ob noch weitere Mitglieder des Völkerverbundes das Wort ergreifen werden, steht noch nicht fest. Die Verhandlungen über die ober-schlesischen Fragen werden dann für einige Tage unterbrochen werden. In Oberschlesien werden die üblichen vertraulichen Verhandlungen zwischen den einzelnen Abordnungen stattfinden, in denen versucht werden wird, die endgültige Entscheidung zu klären und vorzubereiten.

Eck in diesen Verhandlungen dürfte sich zeigen, wie weit die Stellungnahme des Völkerverbundes den deutschen Forderungen und Wünschen entspricht. Dem deutschen Standpunkt aus scheint es unbedingt erforderlich zu sein, daß der Völkerverbund zunächst grundsätzlich die Verantwortung der polnischen Regierung für die Vorgänge in Oberschlesien feststellt und hierbei keine Mißbilligung ausspricht. Der Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission steht nach wie vor im Vordergrund, jedoch gehen die Auffassungen über die Art der Bildung dieses Ausschusses weit auseinander.

Es verlautet, daß die polnische Regierung vorschlagen werde, eine aus polnischen Beamten zusammengesetzte Untersuchungskommission zu bilden; ein Vorschlag, der auf deutscher Seite selbstverständlich sofort abgelehnt werden wird. Nach dieser deutscher Auffassung könnte lediglich eine Untersuchungskommission in Frage kommen, die aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist und unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder steht. Die Frage der Zugehörigkeit des Präsidenten Calonder, der sich zurzeit in der Nähe von Genf aufhält, zu den Verhandlungen des Völkerverbundes sowie die Frage der Abänderung seines Berichtes über die Vorfälle in Oberschlesien ist noch nicht endgültig entschieden, jedoch kann jetzt festgestellt werden, daß die Auslagen des Präsidenten Calonder, die sich auf ein umfangreiches Material stützen, von größter Bedeutung für die Behandlung der ober-schlesischen Fragen im Völkerverbund sein werden.

Die deutschen Vertreter in Genf eingetroffen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius und die Herren der deutschen Abordnung sind in Genf eingetroffen. Der Europäische Ausschuss trat am Freitagvormittag, um 11 Uhr, zu nächst zu einer kurzen geheimen Sitzung zusammen, an die sich zugleich eine öffentliche Sitzung angeschlossen.

Auftakt zur Europa-Konferenz

Genf, 16. Januar.

Heute vormittag um 11 Uhr beginnt die Europäische Konferenz, die sich auf der letzten Völkerverbundsversammlung in Form eines „Studienkomitees für die Europäische Union“ gebildet hat. Die Verhandlungen leitet der französische Außenminister B e l a n d. Es nehmen daran die 27 europäischen Staaten teil, die dem Völkerverbund angehören. Rußland und die Türkei sind nicht eingeladen; über ihre Teilnahme an den weiteren Arbeiten des Komitees wird vielleicht die heutige Konferenz einen Beschluß fassen. Die überwiegende Mehrzahl der teilnehmenden Staaten hat ihre Außenminister entsandt.

Die Konferenz beginnt mit einer vertraulichen Sitzung, in der das Programm der Tagung erörtert wird. In der dann folgenden öffentlichen Sitzung wird der Präsident der Wirtschaftskonferenz, die im November in Genf tagte, Colijns, Holland, einen Bericht über die Arbeiten dieser Konferenz erstatten. Am Lichte Bericht wird sich eine allgemeine Aussprache anschließen. Es ist weiter vorgesehen ein Bericht

des Vorstehenden des Finanzkomitees, Swiss-Italian, Hauptaufgabe der jetzigen Tagung ist die Festlegung eines Arbeitsprogramms. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis Dienstag nächster Woche dauern.

Henderson und Briand.

Verhandlung auf Kosten Deutschlands.

Paris, 16. Januar.

Sofort nach seiner Ankunft in Paris begab sich der englische Außenminister Henderson zum Quai d'Orsay, wo er von Briand empfangen wurde. Zum Beisein des englischen Botschafters in Paris, Lord Tyrrell, fand zwischen den beiden Außenministern eine längere Unterredung statt, in der sämtliche Punkte geteilt wurden, die sowohl auf den Zutritt des Schiedsaussschusses für die Vereinigten Staaten von Europa als auch auf die Tagesordnung der Völkerverbundsversammlung Bezug haben.

Die beiden Minister sind gemeinsam nach Genf abgereist und haben natürlich noch auf der Reise reichlich Gelegenheit, den Meinungsaustausch fortzusetzen. In der französischen Presse mißt man den Zutritt zum Völkerverbund eine größere Bedeutung bei, als Henderson an Stelle des deutschen Reichsaußenministers den Vorsitz der kommenden Tagung übernommen hat. Man macht darauf aufmerksam, daß eine günstige Entwicklung der deutsch-polnischen Angelegenheit in hohem Maße von der Haltung Englands abhängt.

Wie die Haltung sich äußern wird, glaubt das „Echo de Paris“ zu wissen. Das Blatt erklärt, im Foreign Office vertrete man die Auffassung, daß die deutschen Forderungen einen unangenehm weitgehenden Charakter trügen. Der englische Außenminister soll Briand die Versicherung gegeben haben, daß er sich bemühen werde, auf eine Mäßigung dieser Forderungen hinzuwirken. Der „Reichs Anzeiger“ glaubt zu wissen, daß die beiden Außenminister bei der Unterredung auf den englisch-französischen Goldverhandlungen einige Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Wirtschaftspolitische Zeitfragen.

Eine Rede des preussischen Handelsministers.

Berlin, 16. Januar.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hielt einen Vortrag über „Wirtschaftspolitische Zeitfragen“, in dem er ausführlich: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wird charakterisiert durch das Vorhandensein von mehr als vier Millionen Arbeitslosen und die Verdropelung der Geschäftszusammenbrüche gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Betriebszählung vom Jahre 1925 ergab, daß wir bereits damals rund sieben Millionen mehr Erwerbstätige in der deutschen Wirtschaft hatten, als das 1907 der Fall war. Seit 1925 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland weiter um 1 1/2 Millionen gestiegen.

Die deutsche Wirtschaftslage muß im Zusammenhang mit der Gesamtfrage der Weltwirtschaft betrachtet werden. Diese Betrachtung ergibt Arbeitslosigkeit überall, namentlich auch in England und Amerika, die nach dem Kriege wieder eine Veränderung ihres politischen Systems durchgemacht haben und durch Disproportionsverpflichtungen belastet sind. Auch das schiffische System in Japan hat dieses Land nicht davor bewahrt, in den Strudel der Weltwirtschaftspolitischer hineingezogen zu werden.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise erstreckt sich auf den Störungen, die die Friedensverträge befördert für Europa gebracht haben; sie erstreckt sich daraus, daß die voll-reichlichen Länder der Welt, Rußland, China und Indien in der Entwicklung ihres Anteils an der Weltwirtschaft weit zurückgeblieben sind. Sie erstreckt sich ferner aus einer durch forcierte Zerschmetterung verurteilten Leberproduktion namentlich auf fast allen Rohstoffgebieten, die eine Senkung des Absatzes, eine Einschränkung der Produktion und damit der Kaufkraft der beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer zur Folge gehabt hat.

Das Problem der Arbeitslosigkeit läßt sich mit künstlichen Mitteln nicht lösen. Auch durch Arbeitsbeschaffung im großen Maß ist die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden. Arbeitsbeschaffung bedeutet Kapitalbeschaffung. An Kapital aber fehlt es der deutschen Wirtschaft, wie die Höhe der Zinsfüße lehrt.

Es ist immerhin möglich, daß durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen eine Erleichterung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt ist. Das Fehlen der Bierzinsfreiheit in den Schulen und die Nichtzulassung ausländischer Saisonarbeiter würden etwa 230 000 deutschen Arbeitsträften zusätzliche Beschäftigung geben. Auch eine vorübergehende erhöhte Einfuhr von Auslandsarbeitern, durch die offensichtlich über 260 Millionen Mark deutsche Gelder in das Ausland getragen werden, würde etwa 100 000 Arbeitsträften im laufenden Jahr zusätzliche Beschäftigung geben können. Eine durchgehende Hilfe gegenüber der Wirtschaft ist nur in einer Preisreduktion auf der ganzen Linie zu erblicken, durch die ein Ausgleich der Kaufkraftminderung herbeigeführt wird.

Es ist grundsätzlich falsch, in einem Land, das wie Deutschland arm an Kapital und reich an Arbeitstraff ist, viel Kapital und wenig Arbeitstraff zu verwenden. Die Rationalisierung ist daher vielfach übertrieben worden und hat zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Befreiung von der Zinsneigenschaft kann man nur erreichen durch eine Reduktion, die den Geldarbeitern des In- und Aus-



Der deutsche Außenminister teilt nach Genf. Außenminister Dr. Curtius verabschiedet sich bei der Abreise nach Genf von seiner Familie und Staatssekretär von Bülow (am Wagen stehend).

Verurteilung polnischer Aufständischer. Sühne für vielejähre Mißhandlungen.

Rybnik, 15. Januar. In dem gleichen Gerichtsgebäude, in welchem gegen die Golaßowitzer Angeklagten verhandelt wurde, hat in aller Stille eine weitere Gerichtsverhandlung stattgefunden. Die Angeklagten hatten am 15. November auf Veranlassung des Gemeindevorsetzers Wisna von Ober-Wilga den Vertrauensmann der deutschen Maßgemeinschaft, Condit Josef Grelsch, einen 60jährigen Mann, in abscheulicher Weise mißhandelt. Nachdem sie ihn zunächst mit einem Automobil entführt und öfters mit Erbschießen bedroht hatten, mußte Grelsch seine Fäße entlösen, worauf ihn der

untertägige Hjerzama mit einem Federriemen auf die nackten Fußsohlen schlug. Die Beweisaufnahme ergab einwandfrei den gefürchteten Tatbestand.

Der als Zeuge geladene Gemeindevorsetzer Wisna verweigerte auf gerichtliche Fragen des Gerichts die Aussage, worauf der Staatsanwalt Richter (Rybnik) mitteilte, daß er gegen ihn ein geändertes Verfahren in dieser Sache einleiten werde. Das Gericht verurteilte unter dem Vorsitz von Dr. Stawarcki den Hauptangeklagten Hjerzama zu sechs Monaten Gefängnis, das und Wirth zu je drei Monaten. Kolliejo zu zwei Monaten Gefängnis.

Der Reichshaushaltsplan für 1931.



Das Bedeutendste an dem neuen Reichshaushalt ist der Umstand, daß man verfuhr hat, das Budgetgleichgewicht nicht durch Steuererhöhung, sondern durch Sparmaßnahmen zu erreichen. Man hat sogar Mittelreife an den jenen, zwangsmäßigen Ausgaben vorgenommen, die bisher als tabu galten. Wie sich die ordentlichen Ausgaben verteilen, zeigt ein Bild auf unterer Schaubild.

Handel und Börse

Magdeburger Zuckermarkt vom 15. Januar. (Breite für Weizener inkl. Sud und Verbrauchssteuern für 50 kg für netto ab Werlobelle Magdeburger) Gemischter Mehlis bei Lieferung Januar 25,65; Mehlis-Weizener 1,25; Mehlis-Weizener 1,50; Tendenz ruhig.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 15. Januar. Nutztier Ochsen 24, Bullen 70, Kühe 89, Kalben 14, Kälber 628, Schafe 187, Schweine 1475, zusammen 2470 Tiere. Preise: Bullen 1 30-32, do 2 45-48, Kühe 1 40-43, do 2 30-33, do 3 32-35, Kälber 1 —, do 2 40-70, do 3 60-65, do 4 50-55; Schafe 1 50-55, do 2 57-60, do 3 46-50, do 4 38-45; Schweine 1 und 2 57, do 3 54-55, do 4 52-53; do 7 45-53; Geflügelmarkt: Hühner, Kälber und Schweine (leicht), Schafe Langhorn, Ueberland Ochsen 11, Bullen 25, Kühe 18, Kalben 2, Schweine 70.

Dresdner Börse vom 15. Januar. An der heutigen Börse lagen wenige Verkaufsaufträge vor, denen keine Käufer gegen überstanden, da die Interessiertheit des Publikums und aus der Spekulation noch ungenommen hat. Besonders Brauereien lagen heute unter Druck, Brauerei minus 4, Radeberger minus 3,25, Melchiorstadt minus 5, Dortmunder Ritter minus 2 Prozent. Alte Reichsantenteile minus 4, neue minus 1 Bergmann minus 3 Prozent. Am Anlagemarkt notierten folgende Deutsche wertlos. Anleihe 2 Prozent niedriger.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 15. Januar. Nutztier Ochsen 24, Bullen 69, Kühe 20, Kälber 608, Schafe 162, Schweine 547, zusammen 1403 Tiere; Preise: Kälber 1 —, do 2 65-70 do 3 58-63, do 4 50-56; Schweine 1 55, do 2 53-54, do 3 51-52; Ueberland Ochsen 7, Bullen 52, Kühe 18, Schafe 50 Schweine 65; Geflügelmarkt: leicht.

Schnepper Börse vom 16. Januar. An der heutigen Börse zeigte sich bei wiederum geringer Umfahrtätigkeit weiter ein schwache Grundstimmung. Immerhin konnten einige Papier keine Steigerungen verzeichnen. Stärkere Verluste erlitten Minio minus 3, Radeberger minus 3, Sadlerwerk minus 4 Schöninger und Wanderer je minus 2,5 Prozent. Renten schwächer, der Freireisler unverändert still. Lediglich am Wandbriefmarkt wurden größere Umsätze in Sachjeden getätigt.

Übung der Pflichtfeuerwehr.

Am Sonntag, den 25. Januar 1931, vormittags 8 Uhr findet eine Übung der Pflichtfeuerwehr statt.

Sammelpfad: Markt.

Die Mannschaften werden ermahnt, zu der Übung pünktlich zu erscheinen. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit oder Abwesenheit vom Orte. Die Entschuldigungen sind bei der Polizeiverwaltung bis spätestens Sonnabend, den 24. Januar b. 3., mittags 12 Uhr anzubringen.

Unentschuldigtes Fernbleiben von der Übung wird bestraft. Nebra, den 13. Januar 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Der Stahlhelm



Bund der Frontsoldaten, Kreisgruppe Nebra

veranfaßt am Sonnabend, den 17. Januar cr. abends 8 1/2 Uhr im 'Schweizerhaus' zu Witzburg

Die Reichsgründungs-Feier

zu der alle nationalen Einwohner von Nebra und Umgegend herzlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Nebra



veranstaltet am Sonntag, den 18. Jan. abends 8 Uhr beginnend Grossen Masken-Ball im „Preussischen Hof“



Einlaß 7 Uhr Es ladet ein

Eintritt 50 Pfg. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Zum Straßeneubau Bucha - Saubach (für Bucha) sollen ca. 2300 cbm Pads- und Decklager-Steine zum Brechen im Drasbruch an den Mindestfordernden vergeben werden. Angebote sind bis zum 25. Januar 1931 bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Bucha, den 15. Januar 1931.

Nürnberg. Schulze.

„Weißes Roß“

Sonntag, den 18. Januar, von nachmittag 2 1/2 Uhr ab

Preis-Skat

Es ladet freundlichst ein Frau G. Köllig

Zur Burg

Sonntag, den 18. Januar Vornehmer Dielenbetrieb.

Ans'ich von Dortmunder Union,

Oettler Bock, helles.

Dienstag, d. 20. Januar: Thür. Schlachtelell

Abends 8 Uhr

Großer Wurstschmaus

— à Kuvett RM 125 —

Nachdem: Gemütlicher Skat.

Es laden herzlichst ein Oswald Möder und Frau

Spare mündelischer Stadt-Sparkasse Nebra.

Friedrich Krey

Inh.: Emil Krey

Inventur-Ausverkauf

zu spottbilligen Preisen

Beginn: Montag, den 19. Januar 1931

Besichtigung der Innendekoration ohne Kaufzwang gern gestattet

Freie Freunde

Das 28. Heft des Monatsheftes vom Dezember, jedes, das einen reichhaltigen Inhalt enthält, ist Inhalt und Ausstattung von feiner Seite übertraffenen Monatsheft geworden ist. Der Preis für kulturelle Werte hat der große zu den außerordentlichsten Preisen. Gute Romane und Novellen namhafter Verleger geben zusammen mit den kunst und literarisch wertvollen Büchern mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Schatzkästchen der Dichtung wird ein Blatt in monatlich Zeitschriften gegeben.

Ein Probeheft vom 28. Heft des Monatsheftes vom Dezember, jedes, das einen reichhaltigen Inhalt enthält, ist Inhalt und Ausstattung von feiner Seite übertraffenen Monatsheft geworden ist. Der Preis für kulturelle Werte hat der große zu den außerordentlichsten Preisen. Gute Romane und Novellen namhafter Verleger geben zusammen mit den kunst und literarisch wertvollen Büchern mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Schatzkästchen der Dichtung wird ein Blatt in monatlich Zeitschriften gegeben.

Ein Probeheft vom 28. Heft des Monatsheftes vom Dezember, jedes, das einen reichhaltigen Inhalt enthält, ist Inhalt und Ausstattung von feiner Seite übertraffenen Monatsheft geworden ist. Der Preis für kulturelle Werte hat der große zu den außerordentlichsten Preisen. Gute Romane und Novellen namhafter Verleger geben zusammen mit den kunst und literarisch wertvollen Büchern mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Schatzkästchen der Dichtung wird ein Blatt in monatlich Zeitschriften gegeben.

Ein Probeheft vom 28. Heft des Monatsheftes vom Dezember, jedes, das einen reichhaltigen Inhalt enthält, ist Inhalt und Ausstattung von feiner Seite übertraffenen Monatsheft geworden ist. Der Preis für kulturelle Werte hat der große zu den außerordentlichsten Preisen. Gute Romane und Novellen namhafter Verleger geben zusammen mit den kunst und literarisch wertvollen Büchern mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Schatzkästchen der Dichtung wird ein Blatt in monatlich Zeitschriften gegeben.

20% und mehr Ermässigung bis 7. Februar 1931 auf alle Reinigungs-Saßen

Anzug statt RM 6.50 = RM 5.45
Wolljumper statt RM 2.50 = RM 1.50
Strickjacke statt RM 3.— = RM 1.90

Vereinigte Färbereien und Wäschereien-Halle/S.

Annahme in Nebra bei:
Friedrich Grob, Schneidermeister, Reinsdorfer Str. 4

Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probennummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterschloßweg 19

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparafasse Nebra — Bantverein Artzen.

Nr 8

Sonnabend, den 17. Januar 1931.

44. Jahrgang

Das Gebot der Wirtschaft.

Will man den Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 12 Jahre verstehen, so muß man über die Grenzen des eigenen Kreises hinausgehen und das Verflochtensein unserer eigenen Existenz in den weltwirtschaftlichen Gesamtprozeß erkennen. Was geht seit 1929 unaußfallig in der Welt vor? — Jahre hindurch hatte der nach dem Kriege verständliche, aus langer Entbehrung ermachene und nach Kriegsende unaußfallig durchbrechende Warenhandel zu einer Ueberbewertung der Ware und damit zu einer Unterbewertung des Goldes geführt. Als wir aus dem Rauf der Inflation erwachten, hatten wir uns an den Gedanken gewöhnt, daß das Leben „teuer“ geworden sei. Was bei uns die Inflation in dieser Richtung gefügt hatte, bewirkte in Amerika der grandiose, aber in seinen letzten Zielen zusammengebrochene Versuch der amerikanischen Wirtschaft, durch künstliche, zusätzliche Kaufkraftschöpfung bei der ins und ausländischen Rundschiff die „Wohlstand“ zu verewigen. Es löste sich, als ob eine Konjunktur ohne Schwankungen möglich sei, als ob also die Wirtschaftsgesetze abzurufen geführt seien. Seit Oktober 1929 wissen wir, daß diese Hoffnung trügerisch war; seit jenem Zeitpunkt befinden wir uns in einem lähmenden Ernüchterung aus mehr als zehnjährigen Fieberträumen.

Es gilt, die Dinge mit nüchternen Augen zu betrachten. Im Jahre 1930 betrug der Preisverlust gegenüber 1929 für Baumwolle, Zucker, Kaffee, Ant, Weizen und Kupfer zusammen bereits mehr als 15 Milliarden Reichsmark. Nimmt man alle übrigen Rohstoffe der Welt hinzu, so wird man zu einem Betrage von 20 bis 25 Milliarden Reichsmark kommen. Wir haben bisher nur die vorteilhafteste Seite dieser Entwicklung der Rohstoffpreise ins Auge gefaßt und uns darüber gefreut, daß wir als Rohstoffe einführendes Land billigere Bezüge erhalten und unsere Handelsbilanz allmählich gestalten konnten. Die Schicksale der Welt sind aber, daß nunmehr die Hochenergie für Ferntransporte in den rohstoffzeugenden Ländern und Schiffen für 20-25 Milliarden Reichsmark weniger Rare abnehmen können als noch ein Jahr vorher. Die Industriestaaten der Welt stehen damit vor folgender Alternative: entweder lassen sie an ihren Preisen fest beim ermäßigten diese Preise nur im Rahmen der Verbilligung der Selbstkosten durch die Senkung der Rohstoffpreise, dann vermindert sich die Menge der absetzbaren Fabrikate. Oder aber: sie lassen die Preise in der vollen Relation der anjunkten Rohstoffpreise herab; dann liegt für die rohstoffzeugenden Länder und Schiffen keine Veranlassung vor, die Menge ihrer Bezüge zu vermindern, weil sie dann wieder die notwendige Kaufkraft haben, die gleiche Menge abzunehmen. Der letztere Weg bedeutet Einschränkung der Erzeugung von Fertigfabrikaten und Arbeitslosigkeit; ihn sind wir bisher gegangen. Der zweite Weg bedeutet Wiederherstellung des Anlaufes der Produktion und damit Verminderung der Arbeitslosigkeit; ihn müssen wir gehen. Günstig ist er aber nur, wenn die anderen Faktoren der Selbstkosten der Rare im gleichen Verhältnis sinken, wie die Rohstoffe sinken. Diese anderen Faktoren sind vor allem die Personalkosten, also Löhne und Gehälter, und die Generalien, also insbesondere die öffentlichen Kosten.

die Augen verschließen. Dasjenige Industrienetz wird als erstes über die Depression und die Arbeitslosigkeit hinwegkommen, das am schnellsten den Anlauf in die neue Gleichgewichtslage der Weltrohstoffe findet.

Eine schwere Periode der Anpassung an die neuen Welt- und Wertverhältnisse liegt also vor uns. Damit erkennen wir erst in vollem Umfange die Schwere der Verantwortung, die auf der Regierung und auf uns lastet. Nur die Erkenntnis, daß aus der gemeinsamen Not uns nur das allgemeine Opfer aller retten kann, mit anderen Worten: nur höchstes Verantwortungsgefühl eines jeden einzelnen für das Ganze kann uns Rettung bringen. Es handelt sich nicht um den einzelnen und seine Bezüge, es handelt sich auch nicht um diese oder jene mehr oder weniger wichtige und bedeutende Wirtschaftsgruppe; es handelt sich heute um den Staat und den Staatsgedanken. Möge die schwere Stunde der deutschen Wirtschaft ein großes Geschick finden!

Vor der Genfer Entscheidung.

Ein indistabiler polnischer Vorschlag.

Nach den bisher getroffenen Dispositionen werden die Verhandlungen im Völkerverbund am nächsten Dienstag beginnen. Man erwartet, daß die Verhandlungen durch eine große Rede des Reichsaussenministers Curtius eingeleitet werden, in der der Standpunkt der deutschen Regierung zu den Vorgängen in Oberösterreich dargelegt und entsprechend den Bestimmungen des deutsch-polnischen Wintervertrages die Aufmerksamkeit des Völkerverbundes auf die Vorgänge in Oberösterreich gelenkt wird. Am Anlauf hier wird die Antwortrede des polnischen Außenministers Jaksel erwartet, die im wesentlichen der bereits veröffentlichten polnischen Note entsprechen dürfte. Da noch mehrere Mitglieder des Völkerverbundes das Wort ergreifen werden, steht noch nicht fest, die Verhandlungen über die oberösterreichischen Fragen werden dann für einige Tage unterbrochen werden. An der Zwischenzeit werden die üblichen vertraulichen Verhandlungen zwischen den einzelnen Abordnungen stattfinden, in denen versucht werden wird, die endgültige Entscheidung zu klären und vorzubereiten.

Erst in diesen Verhandlungen dürfte sich zeigen, wie weit die Stellungnahme des Völkerverbundes den deutschen Forderungen und Wünschen entspricht. Der deutsche Standpunkt aus scheint es allerdings erforderlich zu sein, daß der Völkerverbund zunächst grundsätzlich die Verantwortung der polnischen Regierung für die Vorgänge in Oberösterreich feststellt und hierbei keine Mißbilligung ausspricht. Der Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission steht nach wie vor im Vordergrund, jedoch gehen die Auffassungen über die Art der Bildung dieses Ausschusses weit auseinander.

Es verlautet, daß die polnische Regierung vorzuziehen werde, eine aus polnischen Beamten zusammengesetzte Untersuchungskommission zu bilden; ein Vorschlag, der auf deutscher Seite selbstverständlich sofort abgelehnt werden wird. Nach heiliger deutscher Auffassung könnte lediglich eine Untersuchungskommission in Frage kommen, die aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist und unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder steht. Die Frage der Zugehörigkeit des Präsidenten Calonder, der sich zurzeit in der Nähe von Genf aufhält, zu den Verhandlungen des Völkerverbundes sowie die Frage der Einberufung seines Berichtes über die Vorfälle in Oberösterreich ist noch nicht endgültig entschieden, jedoch kann jetzt bereits festgestellt werden, daß die Unterlagen des Präsidenten Calonder, die sich auf ein umfangreiches Material fügen, von größter Bedeutung für die Behandlung der oberösterreichischen Fragen im Völkerverbund sein werden.

Die deutschen Vertreter in Genf eingetroffen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius und die Herren der deutschen Abordnung sind in Genf eingetroffen. Der Europäische Ausschuss trat am Freitagvormittag, um 11 Uhr, zunächst zu einer kurzen geheimen Sitzung zusammen, an die sich gleichzeitig eine öffentliche Sitzung angeschlossen.

Auftakt zur Europa-Konferenz

Genf, 16. Januar.

Heute vormittag um 11 Uhr beginnt die Europäische Konferenz, die sich auf der letzten Völkerverbundversammlung in Form eines „Studienkomitees für die Europäische Union“ gebildet hat. Die Verhandlungen leitet der französische Außenminister Briand. Es nehmen daran die 27 europäischen Staaten teil, die dem Völkerverbund angehören. Zuvor und die Türkei sind nicht eingeladen; über ihre Teilnahme an den weiteren Arbeiten des Komitees wird vielleicht die jetzige Konferenz einen Beschluß fassen. Die überwiegende Mehrzahl der teilnehmenden Staaten hat ihre Außenminister entsandt.

Die Konferenz beginnt mit einer vertraulichen Sitzung, in der das Programm der Tagung erörtert wird. In der dann folgenden öffentlichen Sitzung wird der Präsident der Wirtschaftskonferenz, die im November in Genf tagte, Collijn, Holland, einen Bericht über die Arbeiten dieser Konferenz erstatten. An diesen Bericht wird eine allgemeine Aussprache angeschlossen. Es ist weiter vorzusehen ein Bericht

des Vorstehenden des Finanzkomitees, Schwiz-Italien, Hauptaufgabe der jetzigen Tagung ist die Festlegung eines Arbeitsprogramms. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis Dienstag nächster Woche dauern.

Henderson und Briand.

Verständigung auf Kosten Deutschlands.

Paris, 16. Januar.

Sofort nach seiner Ankunft in Paris begab sich der englische Außenminister Henderson zum Quai d'Orsay, wo er von Briand empfangen wurde. Im Beisein des englischen Botschafters in Paris, Lord Tyrrell, fand zwischen den beiden Außenministern eine längere Unterredung statt, in der sämtliche Punkte getreift wurden, die sowohl auf den Zusammentritt des Studiausschusses für die Vereinigten Staaten von Europa als auch auf die Tagesordnung der Völkerverbundversammlung Bezug haben.

Die beiden Minister sind gemeinsam nach Genf abgereist und haben natürlich noch auf der Reise reichlich Gelegenheit, den Meinungsaustausch fortzusetzen. In der französischen Presse mißt man der Zusammenkunft um so größere Bedeutung bei, als Henderson an Stelle des deutschen Reichsaussenministers den Vorrang der kommenden Tagung übernommen hat. Man macht darauf aufmerksam, daß eine günstige Entwicklung der deutsch-polnischen Angelegenheit in hohem Maße von der Haltung Englands abhängt.

Die Haltungsung sich äußern wird, glaubt das „Echo de Paris“ zu wissen. Das Blatt erklärt, im Foreign Office vertrete man die Auffassung, daß die deutschen Forderungen einen unangenehm weitgehenden Charakter trügen. Der englische Außenminister soll Briand die Versicherung gegeben haben, daß er sich bemühen werde, auf eine Mäßigung dieser Forderungen hinzuwirken. Der „Paris Botschafter“ glaubt zu wissen, daß die beiden Außenminister bei der Unterredung auch den englisch-französischen Golbverhandlungen einige Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Wirtschaftspolitische Zeitsorgen.

Eine Rede des preussischen Handelsministers.

Berlin, 16. Januar.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hielt einen Vortrag über „Wirtschaftspolitische Zeitsorgen“, in dem er ausführte: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wird charakterisiert durch das Vorhandensein von mehr als vier Millionen Arbeitslosen und die Verdropelung der Gefäßszusammenbrüche gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Betriebszählung vom Jahre 1925 ergab, daß wir bereits damals rund sieben Millionen mehr Erwerbsfähige in der deutschen Wirtschaft hatten, als das 1907 der Fall war. Seit 1925 ist die Zahl der Erwerbsfähigen in Deutschland weiter um 1 1/2 Millionen gewachsen.

Die deutsche Wirtschaftslage muß im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft betrachtet werden. Diese Betrachtung ergibt Arbeitslosigkeit überall, namentlich auch in England und Amerika, die nach dem Kriege wieder eine Veränderung ihres politischen Systems durchgemacht haben und durch Reparationsverpflichtungen belastet sind. Auch das sozialistische System in Italien hat dieses Land nicht davon befreit, in der Strudel der Weltwirtschaftsrisse hineingezogen zu werden.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftslage erklärt sich aus den Störungen, die die Friedensverträge besonders für Europa gebracht haben; sie erklärt sich daraus, daß die volkreichen Länder der Welt, Rußland, China und Indien in der Entfaltung ihres Anteils an der Weltwirtschaft weit zurückgeblieben sind. Sie erklärt sich ferner aus einer durch fortwährende Schmäherung verursachten Ueberproduktion namentlich auf fast allen Rohstoffgebieten, die eine Senkung des Wertes, eine Einschränkung der Produktion und damit der Kaufkraft der beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer zur Folge gehabt hat.

Das Problem der Arbeitslosigkeit läßt sich mit künstlichen Mitteln nicht lösen. Auch durch Arbeitsbeschaffung im großen Maßstab läßt sich die Arbeitslosigkeit nicht wirklich beseitigen, denn Arbeitsbeschaffung bedeutet Kapitalbindung. An Kapital aber fehlt es der deutschen Wirtschaft, wie die Höhe der Zinsätze lehrt.

Es ist immerhin möglich, daß durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen eine Erleichterung der Arbeitslosigkeit herbeiführen ist. Das Festhalten der Bierzölne für den Schulden und die Nichtzulassung ausländischer Saisonarbeiter würden etwa 230 000 deutschen Arbeitskräfte zusätzliche Beschäftigung geben. Auch eine vorübergehende verbilligte Einfuhr von Auslandsarbeiten, durch die alljährlich über 200 Millionen Mark deutsche Gelder in das Ausland getragen werden, würde etwa 100 000 Arbeitslosen im laufenden Jahr zusätzliche Beschäftigung geben können. Eine durchgehende Hilfe gegenüber der Wirtschaftslage ist nur in einer Preisreinstellung auf der ganzen Linie zu erblicken, durch die ein Ausgleich der Kaufkraftminderung herbeigeführt wird.

Es ist grundsätzlich falsch, in einem Land, das wie Deutschland arm an Kapital und reich an Arbeitskraft ist viel Kapital und wenig Arbeitskraft zu verewigen. Die Rationalisierung ist daher vielfach übertrieben worden und hat zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Befreiung von der Zinsneugierheit kann man nur erreichen durch eine Rohstoff, die den Gelddauern des An- und Aus-



entlichen Zusammen alle betreffen, Bau und Preis selbst wenn der haite schon zu weit-Theorie der an bliebe uns, anhaltelage nicht übrig, als die merktendlich und die wir nicht